

EVELYN HEVIA/JAN STEHLE

# COLONIA DIGNIDAD: SCHLEPPENDE AUFARBEITUNG

IN CHILE STEHT DIE MENSCHENRECHTSPOLITIK DER BRD AUF DEM PRÜFSTAND

Der Fall Colonia Dignidad steht seit fünf Jahrzehnten auf der bilateralen Tagesordnung Chiles und der BRD. Von 1961 bis 2005 wurden in dieser Sekte die Menschenrechte von ChilenInnen und Deutschen schwer und systematisch verletzt. Durch Nachlässigkeit und unzulängliches Handeln der Justiz und der Regierungen machte sich auch der deutsche Staat mitverantwortlich für das lange Bestehen des kriminellen Systems Colonia Dignidad. Während der Diktatur in Chile von 1973 bis 1990 ordnete die Bundesrepublik Menschenrechte der Geopolitik des Kalten Krieges unter. Hinweisen auf die Komplizenschaft zwischen der Colonia Dignidad und der Diktatur bei Menschenrechtsverbrechen wurde nicht nachgegangen.

Am 26. April 2016 äußerte sich Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier selbstkritisch: «Im Spannungsfeld zwischen dem Interesse an guten Beziehungen zum Gastland und dem Interesse an der Wahrung von Menschenrechten ging Amt und Botschaft offenbar die Orientierung verloren.»<sup>1</sup> Die Frage ist nun, ob diesen Worten Maßnahmen zugunsten der Opfer folgen. Beim Besuch des Bundespräsidenten Joachim Gauck in Chile (11.–14. Juli 2016) erwarten die Betroffenen und die Angehörigen der Ermordeten diesbezüglich konkrete Ankündigungen.

## DIE KRIMINELLE SEKTE DES PAUL SCHÄFER

Die Colonia Dignidad war eine Privatunternehmung ihres Führers Paul Schäfer, der in den Nachkriegsjahren in verschiedenen evangelischen Jugendeinrichtungen der Bundesrepublik arbeitete und wiederholt wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger entlassen wurde. Mitte der 1950er Jahre baute Schäfer seine eigene religiöse Gemeinde auf, die sich aus Abspaltungen verschiedener Freikirchen zusammensetzte. In Siegburg gründete er die Private Sociale Mission.

Als 1961 die Staatsanwaltschaft Bonn gegen Schäfer wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger ermittelte, floh dieser vor einem Haftbefehl nach Chile. Innerhalb von zwei Jahren folgten ihm 300 AnhängerInnen. Es handelte sich um eine Kindesentführung in riesigem Maßstab, denn Schäfer täuschte eine kurze Reise vor und ließ die Eltern Vollmachten unterschreiben.

In Chile zeigten Schäfer und seine Leute Empfehlungsbriefe des deutschen Familienministeriums und des chilenischen Botschafters in Bonn vor. Sie gründeten die Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad (Wohltätige Erziehungsgesellschaft Würde), die benachteiligten Kindern und Jugendlichen helfen sollte, und kauften ein Grundstück im Vorandenland von Parral, aus dem sie ein halbautarkes «Mustergut» mit Krankenhaus und Schule machten. Doch hinter dieser Fassade verbargen sich viele Verbrechen.

Abgeschirmt von der chilenischen Gesellschaft, perfektionierte Schäfer mithilfe einiger Gefolgsleute seine Mikrogesellschaft, in der eiserne Disziplin herrschte. Körper und Seelen der Mitglieder unterlagen absoluter Kontrolle, alle Bereiche des Lebens wurden kolonisiert. Männer, Frauen und Kinder wurden voneinander getrennt. Das Sexualverbot wurde zum Herrschaftsmittel. Jungen und Mädchen wurden brutal mit Elektroschocks, Spritzen und Schlägen behandelt, um ihnen «den Teufel auszutreiben». Viele konnten später keine Kinder bekommen und sind für ihr Leben gezeichnet.

Schäfer missbrauchte praktisch alle Jungen der Siedlung. Mit seiner Führungsmannschaft schuf er ein ausgeklügeltes Überwachungssystem und förderte das Misstrauen unter seinen AnhängerInnen. Tägliche Beichte war Pflicht. Disziplinlosigkeit wurde mit Schlägen, Einsperren, Elektroschocks, zwangsweise verabreichten Psychopharmaka und langen Aufenthalten im Krankenhaus der Siedlung bestraft.

Schäfer predigte: «Arbeit ist Gottesdienst.» Alt und Jung mussten von Sonnenaufgang bis -untergang unbezahlte Sklavenarbeit leisten. Schäfer ließ einen Zaun um die Siedlung bauen und machte sie zum Staat im Staat, in den niemand eindringen und aus dem niemand fliehen sollte. Überwachungskameras, Mikrofone, Bewegungsmelder, elektrische Sensoren und abgerichtete Hunde kamen hinzu. Dennoch versuchten SiedlerInnen zu fliehen, und die, denen es gelang,

mussten sich ohne Geld, Papiere und Sprachkenntnisse zur deutschen Botschaft in Santiago durchschlagen.

Wenn Geflohene nach drei Tagen Flucht erschöpft in der Botschaft ankamen, erwarteten sie dort Schäfers Gefolgsleute, um sie zur Rückkehr zu bewegen. Die Kontakte zur deutschen Botschaft hielt die Colonia Dignidad von ihrer Niederlassung in Santiago aus. Einmal wöchentlich verkaufte sie Schwarzbrot, Wurst und Schinken an BotschaftsmitarbeiterInnen. AnhängerInnen Schäfers kamen regelmäßig in die Botschaft, um pauschal und in Abwesenheit der Betroffenen Passangelegenheiten zu regeln und Lebendbescheinigungen für die Rentenkassen abzugeben – eine klare Verletzung des Konsulargesetzes. Dem Botschaftspersonal zeigten sie Bescheinigungen des Siedlungskrankenhauses, die beweisen sollten, dass die Flüchtlinge unzurechnungsfähig waren. Zurück in der Siedlung mussten die Geflohenen eine Erklärung an die Botschaft unterschreiben, in der sie sich als «geistig verwirrt» bezeichneten. Dann kam die Strafe.

1966 gelang Wolfgang Müller (heute: Wolfgang Kneese) die Flucht. Seine Berichte gingen um die Welt. Die Colonia Dignidad konterte mit juristischen Schritten. Das war Teil ihrer Lobbyarbeit, die aus Geschenken und Einladungen an einflussreiche Persönlichkeiten wie RichterInnen, ZollbeamtInnen, DiplomatinInnen und PolitikerInnen bestand.

Der Wahlsieg Salvador Allendes 1970 löste in der Colonia Dignidad Panik aus. Sie fürchtete Landbesetzungen und Enteignung. Die antikommunistische Sekte kaufte Gewehre und bildete eine Heimwehr. Sie baute auch selbst Waffen und arbeitete mit der rechtsextremen Gruppe Patria y Libertad (Vaterland und Freiheit), GroßgrundbesitzerInnen und zukünftigen Putschisten zusammen.

Nach dem Putsch gegen Salvador Allende am 11. September 1973 wurde die Colonia Dignidad zu einem wichtigen Teil des Repressionsapparats. 1977 wurde die Zusammenarbeit der Siedlung vor allem mit Pinochets Geheimdienst Dirección de Inteligencia Nacional (DINA) bekannt. Diese Repressionsallianz vergrößerte die Macht der Colonia Dignidad sprunghaft und garantierte ihr Straffreiheit, die über das Ende der Diktatur hinaus bis zur Verhaftung Schäfers 2005 in Argentinien bestand.

Vom Putschtag an beteiligten sich die KolonistInnen an Verhaftungen in der Region und sogar in Santiago. Viele der Verhafteten wurden in der Siedlung verhört und gefoltert und zahlreiche wurden dort ermordet. Die Colonia Dignidad kommunizierte über ihre moderne Radioanlage mit den wichtigsten Niederlassungen der DINA. Sie hielt auf ihrem Gelände Kurse zu Geheimdiensttechniken und Explosivstoffen ab. Sie versorgte die DINA mit Waffen und Informationen und ließ sie auf ihrem Gelände politische Gefangene foltern. Regelmäßig wurden aus anderen Geheimgefängnissen Häftlinge in die Colonia Dignidad gebracht, damit «die Deutschen Informationen aus ihnen herausholten». DINA-Agenten lebten über lange Perioden dort.

Bei Menschenrechtsprozessen wurden in der Colonia Dignidad Massengräber politischer Gefangener und Teile von Autos gefunden, die verschwundenen Gefangenen (*desaparecidos*) gehört hatten. SiedlerInnen sagten aus, dass sie Massengräber ausheben mussten und danach Salven gehört hatten. Später ordnete Schäfer an, die Leichen auszugraben und zu verbrennen, um Spuren zu verwischen.

Bei einem offiziellen Besuch Augusto Pinochets im August 1974 zeigte ihm die SiedlerInnen ihre selbst hergestellten Waffen. Vieles weist darauf hin, dass die Colonia Dignidad

der Diktatur bei Waffenkäufen half, wobei der Waffenhändler Gerhard Mertins, der auch für den Bundesnachrichtendienst (BND) arbeitete, eine wichtige Rolle spielte. Es gibt auch Hinweise auf eine Beteiligung der Colonia Dignidad am Projekt «Andrea», bei dem bakteriologische und chemische Waffen (wie Sarin) hergestellt und für Morde an politischen Gegnern eingesetzt wurden. Die an dem Projekt beteiligten Agenten Michael Townley und Eugenio Berrios hatten sich nachweislich in der Colonia Dignidad aufgehalten.

## **BRD, COLONIA DIGNIDAD UND DIKTATUR**

Während der Pinochet-Diktatur war Hans-Dietrich Genscher (FDP) Außenminister. Der Putsch war für die vorherrschenden Strömungen in den deutschen Regierungsparteien eine Erleichterung, denn er brachte trotz einiger «Exzesse» das Land ins westliche Lager zurück. Rechte Kreise, vor allem in der CSU, sympathisierten offen mit Pinochet. Franz Josef Strauß besuchte Chile 1977.

Schon kurz nach dem Putsch munkelte man in der Region und in Widerstandskreisen von einem Folterlager in der Colonia Dignidad. Im März 1974 berichtete der Sozialistenführer Carlos Lorca bei einem geheimen Treffen dem damaligen deutschen Botschafter Kurt Lüdde-Neurath von seiner Besorgnis darüber, dass die DINA Gefangene in die Colonia Dignidad bringe, um sie dort zu verhören. Überlebende Häftlinge berichteten im Exil von einem Folterlager in der Colonia Dignidad. Die Vereinten Nationen veröffentlichten diese Informationen 1976, und Amnesty International zusammen mit dem *Stern* 1977. Daraufhin dementierte der deutsche Botschafter Erich Strätling diese Berichte und solidarisierte sich öffentlich mit der Colonia Dignidad. Kurze Zeit später wiederum schickte der Presseattaché der Botschaft einen Bericht an die Bonner Zentrale, in dem er Einzelheiten erwähnte, die eine Zusammenarbeit zwischen der Colonia Dignidad und der DINA nahelegten.

Die Colonia Dignidad blieb ihrer juristischen Angriffsstrategie treu und verklagte Amnesty International und den *Stern* vor dem Amtsgericht Bonn auf Verleumdung. Wegen des schwebenden Verfahrens durften die Beklagten ihre Behauptung nicht mehr aufstellen, und dieses skandalöse Verbot galt bis zum Prozessende 1997.

Heute ist die Nähe Strätlings zur Colonia Dignidad bekannt. Die Dokumente im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes belegen, dass er mit seiner Haltung nicht allein war. Der Auswärtige Dienst war mehrheitlich skeptisch gegenüber Enthüllungen über die Colonia Dignidad, die den DiplomatinInnen als «von links kommend» galten.

Die Bundesregierung hat jahrelang extreme Zurückhaltung geübt und damit die Straffreiheit Schäfers und seiner MittäterInnen gesichert. Sie argumentierte, es sei ein Streit zwischen zwei privaten Parteien (Amnesty International und Colonia Dignidad), der vor einem Bonner Gericht geführt werde. Bevor es kein Urteil gebe, werde die Regierung sich nicht äußern.

Die deutsche Botschaft ging erst Ende der 1980er Jahre auf Distanz zur Colonia Dignidad, nachdem zwei Ehepaare von dort geflohen waren und berichtet hatten. Nun bemühte sie sich um Aufklärung der Verbrechen unter zwei Prämissen: erstens, keine eigenen Initiativen wie etwa juristische Klagen zu ergreifen, sondern die chilenischen Behörden zu Ermittlungen zu veranlassen und zweitens, nur ihre Sorge um deutsche BürgerInnen zum Ausdruck zu bringen, ohne dabei den Bezug zwischen der Colonia Dignidad und dem Repressionsapparat der Diktatur zu erwähnen.

## KONTINUITÄT UND SCHWEIGEN

Die Colonia Dignidad war auf die Wende zur Demokratie 1990 gut vorbereitet: Sie hatte ihre gesamten Besitztümer an geschlossene Aktiengesellschaften transferiert. Das Regierungsdekret, durch das sie als juristische Person erlosch, blieb ohne praktische Folgen. Mithilfe rechter Abgeordneter gelang es der Colonia Dignidad zu verhindern, dass die kriminellen Strukturen der Enklave aufgelöst wurden.

Obwohl der Bericht der Comisión de Verdad y Reconciliación (Wahrheits- und Versöhnungskommission) von 1990 die Colonia Dignidad als Folterort erwähnt, wurden bis zur Verhaftung ihres Anführers 2005 die dort verübten Menschenrechtsverbrechen nicht gründlich untersucht. Dennoch sah sich Schäfer 1997 gezwungen, die Siedlung zu verlassen und mit einer Gruppe von Leibwächtern in Argentinien unterzutauchen. Der Fahndungsdruck hatte zugenommen, nachdem chilenische Eltern Anzeige wegen des Missbrauchs ihrer Kinder gestellt hatten. Wegen der dann einsetzenden Ermittlungen und der Hartnäckigkeit des Opferanwalts Hernán Fernández mussten 2013 einige Führungsmitglieder der Colonia Dignidad Haftstrafen antreten. Unter Leitung von Hartmut Hopp und Hans-Jürgen Riesland aber ging das Sektenleben in der Enklave weiter, in der die chilenischen Gesetze nicht galten und die staatlichen Institutionen nicht handelten.

Erst 15 Jahre nach Ende der Diktatur begann eine «verspätete Transition» der Sektensiedlung,<sup>2</sup> ein zögerlicher Öffnungsprozess und eine vorsichtige Annäherung ihrer BewohnerInnen an die chilenische Gesellschaft. Langsam und «im Rahmen des Möglichen» begann die juristische Aufarbeitung der Verbrechen.

In zehnjährigen Ermittlungen und dank einiger Urteile sind die in der Siedlung begangenen Verbrechen in ihren Grundzügen bekannt: Die zusammen mit der DINA verübten Entführungen, Folterungen und Morde an politischen Gefangenen, Produktion von Waffen, Waffenhandel, Folter und Misshandlungen an KoloniewohnerInnen. Das, was bekannt wurde, ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Trotz vieler Aussagen und Hinweise konnte die chilenische Justiz noch in keinem Fall die Identität derjenigen herausfinden, die in der Colonia Dignidad verschwanden. Und ebenso wenig die der TäterInnen. Außer dem 2010 in Haft verstorbenen Schäfer wurde niemand von seinen MittäterInnen wegen solcher Verbrechen rechtskräftig zu einer Haftstrafe verurteilt.

Die Untersuchungen der deutschen Justiz waren noch unbefriedigender. Alle Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bonn zwischen 1985 und 2010 wurden ohne Anklageerhebung eingestellt. Die nach der Flucht Hartmut Hopps 2011 nach Deutschland begonnenen Ermittlungen brachten keine Ergebnisse. Ohne diese Unterlassungen der deutschen Justiz und die dementsprechend ausgebliebenen Haftbefehle hätten viele Verbrechen und die Justizflucht einiger mutmaßlicher und auch bereits verurteilter TäterInnen nach Deutschland verhindert werden können.

Im Mai 2002 verabschiedete der Deutsche Bundestag die Resolution «Hilfe für die Opfer der Colonia Dignidad»,<sup>3</sup> die eine Reihe von Maßnahmen fordert, die aber nie in die Praxis umgesetzt wurden. Stattdessen verfolgte die deutsche Diplomatie nach Schäfers Verhaftung und Ausweisung nach Chile eine klare Linie: Statt den SiedlerInnen, die Opfer waren, Anreize zu geben, sich in «der Welt draußen» eine unabhängige Existenz aufzubauen, lag der Schwerpunkt darauf, die Villa Baviera (wie die Siedlung heute heißt) weiter zu erhalten. Ein psychotherapeutisches, pädagogisches und

seelsorgerisches Hilfsprogramm lief an, und von 2008 bis 2013 gab die Bundesregierung über die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) etwa eine Million Euro für wirtschaftliche Hilfe mit dem Ziel der «Integration der Villa Baviera in die chilenische Gesellschaft» aus. Dieses Hilfsprogramm ignorierte die kriminelle Vergangenheit des Ortes; es unterschied nicht zwischen TäterInnen und Opfern und es klammerte die vielen SiedlerInnen aus, die die Siedlung verlassen hatten. Statt die illegale Herkunft der Besitztümer aufzuklären, wurden die von Schäfer geschaffenen Aktiengesellschaften nicht infrage gestellt, obwohl sie auf Sklavenarbeit, Waffenhandel und anderen Verbrechen basierten. Die BRD erkannte die neue Führung an, und damit unterstützte sie eine Gruppe, die mehrheitlich aus Kindern der alten Führung bestand, von der einige noch in der Siedlung wohnten und Einfluss ausübten. Deutschland sorgte nicht für Aufklärung, sondern unterstützte eine Struktur, die auf Kontinuität, einen Schweigepakt der TäterInnen und die Leugnung der an diesem Ort begangenen Verbrechen setzte.

Das Weiterbestehen der Siedlung und deren Tourismusgeschäft forderte Proteste von Angehörigen der Verschwundenen der Region heraus, die forderten, dort eine Gedenkstätte zu errichten. Die Colonia Dignidad ist eines der Zentren von Menschenrechtsverbrechen in Chile, das bis heute nicht als solches gekennzeichnet ist.

Das deutsche Hilfsprogramm endete 2013 mit einem öffentlichen Seminar im Museo de la Memoria y los Derechos Humanos (Museum für Erinnerung und Menschenrechte) in Santiago, bei dem zum ersten Mal offiziell das Fehlen von Wahrheit und Gerechtigkeit thematisiert und Gedenken eingefordert wurde. Dies war ein Richtungswechsel der deutschen Politik. Das Seminar wurde gemeinsam vom Museo de la Memoria y los Derechos Humanos, der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz (Berlin) und der Asociación por la Memoria y los Derechos Humanos Colonia Dignidad (Vereinigung für Erinnerung und Menschenrechte Colonia Dignidad) organisiert.

## 2016: EIN SEMINAR, EIN FILM UND EINE MINISTERIELLE ANKÜNDIGUNG

Auf das Seminar in Santiago folgte ein weiteres mit denselben Akteuren im Haus der Wannseekonferenz im Februar 2016.<sup>4</sup> Die Konstellation der TeilnehmerInnen war ein Novum: Neben Angehörigen der Verschwundenen und chilenischen Überlebenden reisten drei heutige BewohnerInnen der Siedlung und einige VertreterInnen der chilenischen Regierung an. An einer Vorführung von Florian Gallenbergers Film «Colonia Dignidad» nahmen VertreterInnen des Auswärtigen Amtes teil. Dieser Film, der zeitgleich in den deutschen Kinos anlief, lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit einmal mehr auf das Thema Colonia Dignidad und war Anlass, auf die prekäre Situation der Opfer hinzuweisen. Die letzte Szene, die von der Komplizenschaft der deutschen Botschaft mit Paul Schäfer handelt, führte zu weitreichenden Diskussionen über die Rolle der deutschen Diplomatie bezüglich der Colonia Dignidad.

Zwei Monate später lud Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu einer Veranstaltung im Auswärtigen Amt zum Thema Colonia Dignidad ein. TeilnehmerInnen waren der Regisseur des Films Florian Gallenberger, der erste Flüchtling der Colonia Dignidad Wolfgang Kneese, der Menschenrechtler und Buchautor Dieter Maier,<sup>5</sup> Anna Schnellenkamp (Bewohnerin der Villa Baviera und dort für den Tourismus zuständig) sowie

der Pressesprecher des Auswärtigen Amts Martin Schäfer. Steinmeier äußerte sich in seiner Rede<sup>6</sup> kritisch zur Rolle der deutschen Diplomatie gegenüber der Colonia Dignidad und sagte: «Über viele Jahre hinweg haben deutsche Diplomaten bestenfalls weggeschaut – jedenfalls eindeutig zu wenig für den Schutz ihrer Landsleute in dieser Kolonie getan.»

Steinmeier erkannte an, dass «die Wahrung der Menschenrechte auf anderen Kontinenten nicht zentraler Gegenstand in der Außenpolitik der Europäer» war, sagte aber auch: «Das Auswärtige Amt ist nicht daran schuld, dass es in Chile einen Militärputsch und 17 Jahre Militärdiktatur gab. Es trägt auch keine Verantwortung für das Unwesen, das Paul Schäfer und seine Spießgesellen trieben, teilweise in Verbindung mit den Militärs und Diktatoren.»

Diese Worte lassen befürchten, dass die BRD an ihrer alten Linie festhält, die Unteilbarkeit der Menschenrechte zu leugnen. Wenn sie sich weiterhin nur für die Opfer interessiert, die deutsche StaatsbürgerInnen sind, und Chile die Hauptverantwortung zuweist, wird die lähmende Situation wechselseitiger Zuweisung von Schuld und Verantwortung andauern, die letztlich zur Straffreiheit führt.

Stattdessen müssten Hilfsmaßnahmen für alle Opfer bilateral mit den chilenischen Behörden koordiniert werden, wobei die Menschenrechte und nicht die Nationalität Hauptkriterium sein müssten. Nur so würde aus der Anerkennung der Fehler der deutschen Diplomatie ein «Nie wieder!» werden, das bei den Opfern und der Gesellschaft ankommt.

Es wird von konkreten Maßnahmen abhängen, ob Steinmeiers Rede als rein moralische Selbstkritik in die Geschichte eingehen wird oder einen Wendepunkt hin zu einer kohärenteren Menschenrechtspolitik darstellt. Ohne Zweifel bedarf es für eine solche Kohärenz einer ebenso entschiedenen Beteiligung des chilenischen Staates. Steinmeier hatte Aktenöffnung (d. h. die Verminderung der Sperrfrist von 30 auf 20 Jahre) und die Einbeziehung des Themas Colonia Dignidad in die Diplomatenausbildung angekündigt. Beides wurde umgesetzt.

Dies sind Schritte in die richtige Richtung, sie lösen aber nicht die dringendsten Probleme der verschiedenen Opfergruppen. Die Opfer der Unterdrückung innerhalb der Sektengemeinschaft fordern vor allem soziale und medizinische Absicherung, um die Jahrzehnte der Sklavenarbeit und Misshandlung zu kompensieren. Die chilenischen Opfer von Menschenrechtsverbrechen in der Colonia Dignidad fordern Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnerung; sie wollen wissen, wer diejenigen sind, die in der Colonia Dignidad verschwanden, wer die Täter waren, und fordern, dass Letztere bestraft werden. Sie verlangen die Einrichtung eines Gedenkortes, an dem die Verbrechen sichtbar gemacht werden und an dem sie trauern können. Die heute erwachsenen ChilenInnen, die Schäfer als Kinder missbraucht hatte, warten noch immer auf die Entschädigung, die ihnen der chilenische Oberste Gerichtshof 2013 zugesprochen hat und die ihnen die gegenwärtige Leitung der Siedlung verweigert.

Verschiedene AkteurInnen schlagen eine bilaterale Expertenkommission vor, die die Bedürfnisse und Forderungen der verschiedenen Opfergruppen bündelt. Im Fall der SiedlerInnen müsste eine solche Kommission die schwierige Unterscheidung zwischen TäterInnen und Opfern treffen, was die Justiz bisher nur ansatzweise geleistet hat. Die Kommission müsste sich in einem zwischenstaatlichen Raum bewegen, denn mehr als die Hälfte der SiedlerInnen lebt in Deutschland, meist von Sozialhilfe. Unter ihnen gibt es mut-

maßliche und verurteilte Kriminelle, die Straffreiheit genießen, wie Hartmut Hopp. Andere haben die Colonia verlassen und leben in Chile, unter ihnen viele zwangsadoptierte ChileInnen, die heute erwachsen sind. In der Hierarchie der Opfergruppen stehen sie ganz unten.

Für die Opfer der Unterdrückung innerhalb der Sektengemeinschaft geht es um soziale Absicherung wegen jahrelang nicht geleisteter Einzahlungen in die Renten- und Krankenversicherung. Es wäre zu klären, wie die heutigen Besitztümer der Villa Baviera in einen Hilfsfonds eingehen könnten und ob es Hinweise auf illegale Konten im Ausland gibt.

Zur Aufarbeitung der Geschichte müssten beide Staaten dringend sämtliche Archive öffnen und Recherchen finanzieren. In Deutschland betrifft dies Bestände des BND und des Bundeskanzleramts, in Chile vor allem das in der Colonia Dignidad gefundene und beschlagnahmte Karteikartenarchiv und das Zusatzmaterial, das von der obersten Polizeibehörde unter Verschluss gehalten wird.

Das wichtigste Anliegen der Angehörigen der Verschwundenen ist es, dass die Justiz beider Länder aufklärt und Recht spricht. Von beiden Exekutiven ist die Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Siedlungsgelände zu fordern. Auch der Ankauf der Häuser der Colonia Dignidad in Parral und Santiago und die Einrichtung von Museen, Lehr- und Dokumentationszentren wären wichtige Signale seitens des deutschen Staates zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Bundespräsident Joachim Gauck hat bei seinem kommenden Besuch nun die Chance, diesen Prozess voranzubringen.

Evelyn Hevia, Psychologin und Historikerin, forscht und lehrt am Fachbereich Psychologie der Universidad Alberto Hurtado in Santiago de Chile und beschäftigt sich mit Erinnerungs- und Menschenrechtsarbeit in Chile.

Jan Stehle arbeitet am Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) in Berlin. Der Politikwissenschaftler promoviert an der Freien Universität Berlin zum Thema: «Deutsche Außenpolitik und Menschenrechte: Der Fall Colonia Dignidad».

---

Webseite des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo: [www.rosaluxspba.org](http://www.rosaluxspba.org)

---

**1** Steinmeier, Frank-Walter, Rede anlässlich der Veranstaltung «Colonia Dignidad» am 26.4.2016, unter: [www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2016/160426\\_Colonia\\_Dignidad.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2016/160426_Colonia_Dignidad.html). **2** Hevia, Evelyn/Stehle, Jan (Hrsg.): Colonia Dignidad: Diálogos sobre verdad, justicia y memoria, Santiago de Chile 2015, S. 15. **3** Bundestag, Drucksache 14/7444, 13.11.2001, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/074/1407444.pdf>. **4** Haus der Wannseekonferenz, Newsletter Nr. 55, Berlin Juni 2016, unter: [www.ghwk.de/fileadmin/user\\_upload/pdf-wannsee/newsletter/newsletter55.pdf](http://www.ghwk.de/fileadmin/user_upload/pdf-wannsee/newsletter/newsletter55.pdf), S. 16 ff. **5** Maier, Dieter: Colonia Dignidad. Auf den Spuren eines deutschen Verbrechens in Chile, Stuttgart 2016. **6** Siehe Endnote 1.

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE 15/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Juli 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling